



NIEDERSCHRIFT

über die konstituierende Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 25.08.2009,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:00



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Rudi Klemm

Hans Volkhardt

FDP

Otto Pfaffmann

Maria Helene Schlösser

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Berichterstatter

Christine Baumstark

Bernhard Eck

Claus Eisenstein

Michael Götz

Udo Hans

Michael Heder

Martin Messemer

Sonstige

Joachim Arbogast

Petra Bechtold

Gerhard Becker

Rudolf Boesche

Martin Gensheimer

Stefanie Schuster

Schriftführer/in

Markus Geib

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende beglückwünschte die gewählten Ratsmitglieder zu ihrer Wahl in den Stadtrat. Die Bürgerschaft der Stadt habe ihnen persönlich das Vertrauen für die nächsten 5 Jahre geschenkt in der



Erwartung, dass jeder Einzelne seine Entscheidungen nicht im Interesse seiner Partei, sondern zum Wohle der Stadt treffe. Der Stadtrat sei kein Stadtparlament, sondern Teil der Verwaltung.

Das Mandat sei mit viel Arbeit verbunden, dies sei sehr hoch anzurechnen. Dies gelte ausdrücklich auch für die heute zu wählenden ehrenamtlichen Beigeordneten. Macht demokratisch ausüben zu wollen, sei die Grundidee einer Demokratie.

Die Ratsmitglieder würden vor großen Herausforderungen stehen. Es werde keine Entlastung geben. Baustellen gebe es im Bereich Wirtschaft und Städtebau. Nennen wolle er hier nur den laufenden Umbau des Obertorplatzes und die Waffenstraße. Sorgenkind bleibe der Hauptbahnhof, das werde den Rat die nächsten 5 Jahre begleiten. Aus dem versprochenen Baubeginn im August werde wohl nichts. Jetzt werde es wohl erst im Oktober losgehen. Eine große Herausforderung werde der Wohnpark Am Ebenberg mit 24 Hektar sein verbunden mit der Landesgartenschau 2014, für die man auf den Zuschlag hoffe. Die Schulen blieben ebenso auf der Tagesordnung. Schwerpunkt werde hier die Berufsbildende Schule und die Schulstrukturreform. Auch die Kindertagesstätten blieben eine Herausforderung. Diese Aufzählung habe keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er biete eine gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung an. Die Ratsmitglieder würden erleben, dass man fähige Mitarbeiter habe.

Diese gute Zusammenarbeit biete er ausdrücklich auch der Presse und den sonstigen Medien an. In Landau würden nicht nur gute Menschen leben, Landau sei eine gute Stadt.

Der Vorsitzende würdigte den verstorbenen Regionspräsidenten des Elsass, Herrn Adrien Zeller. Er bezeichnete ihn als eindrucksvollen Menschen, der vorbildlich und sozial engagiert Politik betrieben habe. Vor allem seine Verdienste um die Oberrheinregion würden nicht vergessen. Er sei ein großer Europäer gewesen.

Die Mitglieder des Stadtrates erhoben sich von ihren Plätzen und gedachten des Verstorbenen.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag „Verkleinerung des Hauptausschuss und Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege“ zurücknehme. Der Tagesordnungspunkt 3.1 könne somit von der Tagesordnung gestrichen werden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung der Ratsmitglieder
3. Änderung der Hauptsatzung
 - 3.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung - Abschaffung der zwei ehrenamtlichen Beigeordneten
 - 3.2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung, Abschaffung der ehrenamtlichen Beigeordneten
 - 3.3. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung und der Satzung der Stadtholding Landau GmbH; Vergrößerung des Aufsichtsrates
4. Änderung der Satzung Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) - AöR -
5. Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz



- 5.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung, Einwohnerfragestunde
6. Wahl des/der 2. Beigeordneten
7. Wahl des/der 3. Beigeordneten
8. Wahl der Ausschüsse
9. Gesamtkonzept für die Nutzung des Hauses Mahla
10. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln auf dem Produktkonto 11444.0822 - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
11. Kath. Kindertagesstätte St. Maria; Einrichtung von 12 Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
12. Ausbaumaßnahme an der Prot. Kindertagesstätte Schützenhof, Nußdorfer Weg 11 a, 76829 Landau in der Pfalz zur Aufnahme von 12 zweijährigen Kindern sowie Sanierungsmaßnahmen in der Einrichtung - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
13. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Ratsmitgliedern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung der Ratsmitglieder

Der Vorsitzende belehrte die Ratsmitglieder über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin.

Der Vorsitzende verpflichtete jedes einzelne Ratsmitglied per Handschlag.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 18. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Ellinghaus bat darum, über die Punkte Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder und Geschäftsführungskosten der Fraktionen herauszunehmen und gesondert abzustimmen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen möchte beiden Vorschlägen nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte den Antrag von Herrn Ellinghaus. Der Erhöhung der Geschäftsführungskosten werde die UBFL-Stadtratsfraktion ebenfalls nicht zustimmen. Sie halte diese Erhöhung nicht für angemessen. Dennoch werde man dann der gesamten Hauptsatzung zustimmen.

Der Vorsitzende erläuterte die Hintergründe der geplanten Erhöhung der Aufwandsentschädigung und der Geschäftsführungskosten. Die erhöhte Aufwandsentschädigung erhielten diejenigen Ratsmitglieder, die auf den elektronischen Versand umsteigen und dadurch einen erhöhten Aufwand hätten. Im Gegenzug spare die Verwaltung erhebliche Kosten ein. Bei den Geschäftsführungskosten habe man sich am allgemeinen Preissteigerungsindex orientiert und nach unten abgerundet.

Der Vorsitzende lies dann gemäß dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zunächst über § 2 der Hauptsatzung „Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder“ abstimmen.

Der Stadtrat stimmte dieser Änderung im § 2 mehrheitlich mit 38 Ja- und 7 Nein-Stimmen zu.

Der Vorsitzende lies dann gemäß dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion über § 3 der Hauptsatzung „Geschäftsführungskosten der Fraktionen“ abstimmen.

Der Stadtrat stimmte dieser Änderung im § 3 mehrheitlich mit 38 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung - Abschaffung der zwei ehrenamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009 und auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt sind. Da beide Anträge den gleichen Inhalt hätten, könnten die Punkte 3.2 und 3.3 gemeinsam beraten werden.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Eine Beibehaltung der beiden ehrenamtlichen Beigeordneten sei nach ihrer Meinung nicht notwendig. Die Stellen des hauptamtlichen Oberbürgermeisters und des hauptamtlichen Beigeordneten seien vollkommen ausreichend. Die Arbeit könnte von diesen erledigt werden, damit habe man ja in der Stadt Landau schon Erfahrung. In der Vergangenheit habe dies gut funktioniert. Auch die Kosten würden nicht im rechten Verhältnis zu den Aufgaben stehen, die den beiden ehrenamtlichen Beigeordneten übertragen seien. Zudem gebe es in der Stadtverwaltung Hauptabteilungsleiter, die diese Arbeit unterstützend für den Oberbürgermeister und Bürgermeister mitmachen könnten.

Ratsmitglied Schroer unterstützte den Antrag der UBFL auch in seiner Begründung. Man habe ja im Prinzip den gleichen Antrag gestellt. Nach Auffassung der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion seien die den beigeordneten zugewiesenen Geschäftsbereiche Stadtmarketing und Lokale Agenda zu wichtig. Sie gehörten ihrer Meinung nach ins Hauptamt und müssten Chefsache sein.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion diesen beiden Anträgen geschlossen zustimmen werde. Er betone ausdrücklich, dass dies keine Abneigung gegen die Amtsinhaber sei. Die SPD sei der Auffassung, dass ehrenamtliche Beigeordnete durchaus sinnvolle Arbeit für unsere Stadt leisten könnten. Man sei aber auch der Auffassung, dass den Beigeordneten derzeit zu viel Aufwandsentschädigung für die Arbeit gezahlt werde. Den Anträgen werde man trotzdem zustimmen, da die diese Beigeordneten eine Stütze der konservativen Koalition aus CDU, FWG und FDP seien. Diese Koalition habe aber nach dem Willen der Wähler keine Mehrheit mehr. Es könne nicht sein, dass die Koalition eine Wahlschlappe einstecken müsse und danach einfach so weitermache, als wäre nichts geschehen.

Man stimme den Anträgen auch zu, weil die SPD andere Akzente in der Stadtpolitik setze, als diese Koalition. Die SPD wolle eine soziale Stadt und deutliche Akzente in der Umweltpolitik. Es gebe hier zwar gute Ansätze, insgesamt seien die Positionen der Koalitionäre hier wachweich. Hier gehe es auch um ein Zeichen, klar zu machen, dass es einen anderen Wählerwillen gab.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt das Thema Lokale Agenda für sehr wichtig. Herr Klemm habe dies auch gut umgesetzt. Von daher wäre sie schon für eine Beibehaltung. Dennoch stimme sie den Anträgen zu, weil im öffentlichen Dienst überall Stellen gestrichen werden würden. Es würde der Stadt gut zu Gesicht stehen, wenn man dann hier Vorbild wäre und diese Stellen streicht.

Ratsmitglied Morio unterstrich, dass die CDU-Stadtratsfraktion die Anträge ablehnen werde. Die beiden Stellen der ehrenamtlichen Beigeordneten seien 2007 auf Antrag der CDU geschaffen worden. Diese Erweiterung des Stadtvorstandes habe sich bewährt und sollte nicht ohne Not rückgängig gemacht werden. Ein Stadtvorstand mit mehr als zwei Personen habe gute Tradition in Landau. In der Zeit mit nur zwei Hauptamtlichen seien viele wichtige Dinge, wie beispielsweise das Stadtmarketing, liegen geblieben. Offenbar sei dies Frau Dr. Migl nicht mehr in Erinnerung. Er könne sich auch nicht vorstellen, wie nur zwei Hauptamtliche die Landesgartenschau bewältigen wollten. Die Auffassung der SPD verwundere ihn etwas. Unmittelbar nach der Wahl habe man noch zwei zusätzliche Ehrenamtliche gewollt, einen Schwarzen und einen Roten. Dann wollte man nur noch einen Ehrenamtlichen, vermutlich einen Roten. Plötzlich gab es dann den Versuch, drei ehrenamtliche Beigeordnete zu installieren, einen roten, einen grünen und einen der FWG und als auch dies nicht geklappt habe wollte man einen roten, einen grünen und einen gelben. Er wisse nicht was die SPD



eigentlich wolle, im Moment wohl wieder keinen. Die CDU-Stadtratsfraktion lehne die Anträge geschlossen ab.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass man sehr wohl zwei Beigeordnete in der Stadt Landau brauche. Man brauche sich nur aus den beiden Dezernaten jeweils ein Thema herauszugreifen, um die Notwendigkeit zu erkennen. Sowohl die Lokale Agenda aus dem Bereich von Herrn Klemm als auch das Stadtmarketing aus dem Bereich von Frau Schlösser hätten in der Vergangenheit brach gelegen. Beide Beigeordnete hätten diese Themen wieder mit Leben erfüllt zum Wohle der Stadt. Die Argumente, die hier für die Anträge vorgetragen wurden, könne er nicht nachvollziehen. Er frage sich, warum die Lokale Agenda ins Hauptamt solle. An die Adresse der SPD wolle er sagen, dass es nur konsequent wäre, wenn man schon die Beigeordneten abschaffen wolle dann bei der folgenden Wahl auch keinen Kandidaten zu stellen. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne die beiden Anträge ab.

Ratsmitglied Silbernagel machte deutlich, dass auch die FDP-Stadtratsfraktion den beiden Anträgen nicht zustimmen werde. Die Fülle der Themen sei zu groß, als dass man auf die beiden ehrenamtlichen Beigeordneten verzichten könne. Viele Dinge seien angeschoben worden. Wenn man die beiden ehrenamtlichen Beigeordneten nun wieder abschaffe, sei die Gefahr groß, dass dies alles wieder versande.

Der Vorsitzende bedauerte, dass es nach der Kommunalwahl eine Blockbildung im Rat gegeben habe. Es habe im Grunde keinerlei Bewegung gegeben. Er als Oberbürgermeister stehe für keine Partei und für keine Fraktion. Von daher sei er unabhängig in seiner Entscheidung. Er hoffe, dass man nach der heutigen Sitzung weg komme von dieser Blockbildung, die der Stadt überhaupt nicht nütze. Eine Koalition ohne Mehrheit sei nun mal keine Koalition. Vielmehr gebe es durch die beiden Blöcke eine Pattsituation. Er entscheide für sich nach bestem Wissen und Gewissen. Die Haltung der SPD interpretiere er dahingehend, dass man nun wohl einen Kontrapunkt setzen wolle. Als er dies mit Herrn Dr. Wolff im Stadtvorstand alleine gemacht habe, seien dies andere Zeiten gewesen. Es sei natürlich vieles liegen geblieben wie die Lokale Agenda und das Stadtmarketing. Dies habe er immer deutlich gemacht. Es sei aber auch klar, dass seine und auch die Kapazitäten des Bürgermeisters begrenzt seien. Da wolle er von den repräsentativen Terminen gar nicht reden. Aus der Erfahrung der letzten Jahre und aus Verantwortung, was er leisten könne, werde er den beiden Anträgen heute nicht zustimmen. Letztlich sei klar, dass man vier Personen im Stadtvorstand brauche.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 23 Nein-Stimmen und 22 Ja-Stimmen:

Die Anträge der UBFL-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009 und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratfraktion vom 17. August 2009, die Stellen der beiden ehrenamtlichen Beigeordneten aus der Hauptsatzung der Stadt Landau in der Pfalz zu streichen, wird abgelehnt.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung, Abschaffung der ehrenamtlichen Beigeordneten

Dieser Punkt wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 3.2 beraten. Es wird auf die Protokollierung zu diesem Punkt verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.3. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung und der Satzung der Stadtholding Landau GmbH; Vergrößerung des Aufsichtsrates

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Über Punkt a) des Antrages könne nicht abgestimmt werden, da der Aufsichtsrat der Stadtholding nicht in der Hauptsatzung geregelt sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 4 Enthaltungen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtholding Landau GmbH ist dahingehend zu ändern, dass 10 Mitglieder für den Aufsichtsrat der Stadtholding Landau GmbH zu wählen sind.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Änderung der Satzung Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) - AöR -

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 18. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) - AöR -



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 18. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung, Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Ihr gehe es darum, die Einwohnerfragestunde noch attraktiver zu gestalten. Ziel sei es, den Passus zu streichen, dass Einwohner keine Fragen zu Themen stellen dürfen, die anschließend auf der Tagesordnung des Stadtrates stehen würden. Dies habe sich schon in der Praxis als schlecht durchführbar erwiesen. Im Gegensatz zur Verwaltung sei sie nicht der Auffassung, dass man sich unbedingt an die Mustergeschäftsordnung halten müsse. Es gebe hier durchaus Gestaltungsmöglichkeiten, die man nutzen sollte. Man habe davon ja auch schon in der Praxis abgewichen. Statt juristischem Formalismus sollte man hier gesunden Menschenverstand und Praktikabilität walten lassen. Dann wäre dies auch für die Zukunft geklärt und nicht mehr vom guten Willen des Vorsitzenden abhängig.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es immer die Regel gebe und eben auch Ausnahmen. Damit sei man bisher immer gut gefahren. Diese gesetzliche Regelung habe durchaus ihren Sinn. Der Stadtrat solle seine Entscheidungen unbeeinflusst von außen treffen. Den Bürgern würden sich auch außerhalb dieser Einwohnerfragestunde zahlreiche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bieten. Daher sei er dafür, dass man es bei der Formulierung aus der Mustergeschäftsordnung belasse.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Nein- und 7 Ja-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 17. August 2009 auf Änderung des § 21 der Geschäftsordnung bezüglich der Einwohnerfragestunde wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Wahl des/der 2. Beigeordneten

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des 2. Beigeordneten der Stadt Landau.

Der Vorsitzende teilte mit, dass zwei Kandidaten zur Wahl des 2. Beigeordneten vorgeschlagen worden seien. Die FWG-Stadtratsfraktion habe Herrn Rudi Klemm zur Wahl vorgeschlagen, die SPD-Stadtratsfraktion Herrn Dr. Hannes Kopf.

Er fragte, ob es aus der Mitte des Rates weitere Vorschläge gebe.

Es wurden keine weiteren Wahlvorschläge gemacht.

Der Vorsitzende berief die Ratsmitglieder Rudi Eichhorn (CDU) und Marianne Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) als Beisitzer zur Auszählung der Stimmzettel. Der Stadtrat stimmte dem zu.

Er zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle 44 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	44
Enthaltungen:	0
Ungültige:	0
Rudi Klemm:	23
Dr. Hannes Kopf:	21

Der Vorsitzende stellte fest, dass **Ratsmitglied Rudi Klemm** somit **zum 2. Beigeordneten der Stadt Landau in der Pfalz gewählt** ist.

Der Vorsitzende fragte Ratsmitglied Klemm, ob er die Wahl annehme.

Herr Klemm erklärte, dass er die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Wahl des/der 3. Beigeordneten

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des 3. Beigeordneten der Stadt Landau.

Der Vorsitzende teilte mit, dass zwei Kandidaten zur Wahl des 3. Beigeordneten vorgeschlagen worden seien. Die SPD-Stadtratsfraktion habe Herrn Dr. Hannes Kopf zur Wahl vorgeschlagen, die FDP-Stadtratsfraktion Frau Maria Helene Schlösser.

Er fragte, ob es aus der Mitte des Rates weitere Vorschläge gebe.

Es wurden keine weiteren Wahlvorschläge gemacht.

Der Vorsitzende berief erneut die Ratsmitglieder Rudi Eichhorn (CDU) und Marianne Brunner (Bündnis 90/Die Grünen) als Beisitzer zur Auszählung der Stimmzettel. Der Stadtrat stimmte dem zu.

Er zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle 44 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	44
Enthaltungen:	0
Ungültige:	0

Dr. Hannes Kopf:	21
Maria Helene Schlösser:	23

Der Vorsitzende stellte fest, dass **Ratsmitglied Maria Helene Schlösser** somit zur **3. Beigeordneten der Stadt Landau in der Pfalz** gewählt ist.

Der Vorsitzende fragte Ratsmitglied Schlösser, ob sie die Wahl annehme.

Frau Schlösser erklärte, dass sie die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Wahl der Ausschüsse



Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 25. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies darauf hin, dass sich die Fraktionen im Vorfeld auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag verständigt hätten. Die Ausschüsse, die heute durch die Änderung der Hauptsatzung verändert worden seien, könnten erst in der Sitzung des Stadtrates am 8. September 2009 gewählt werden. Herausnehmen müsse man auch die Aufsichtsräte der Stadtholding und der Energie Südwest, da hier eine Personengleichheit bestehen müsse. Dies sei durch die derzeit vorliegenden Vorschläge nicht erfüllt. Beim Aufsichtsrat der Klinikum Landau-Südliche Weinstrasse GmbH gebe es vier städtische Vertreter, einer davon ist der Oberbürgermeister, der aber formal gewählt werden müsse vom Rat um den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen zu können. Hier gebe es innerhalb der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf, deshalb schlage er vor auch dieses Gremium herauszunehmen.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug als zweiten Vertreter im Schulträgerausschuss für die UBFL-Fraktion Herrn Wilfried Ulbrich vor, im Stadtrechtsausschuss solle der Vorschlag der UBFL Dr. Gertraud Migl durch Herrn Bertram Marquardt ersetzt werden.

Der Stadtrat wählt einstimmig in offener Abstimmung:

Die Mitglieder der Ausschüsse des Stadtrates sowie der weiteren Gremien gemäß der beigefügten Liste.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Gesamtkonzept für die Nutzung des Hauses Mahla

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagement vom 17. Juni 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Von Seiten des GML sei nunmehr die Planung fortgeschrieben worden. Aus der Einarbeitung planerischer Details ergäben sich zusätzliche Kosten im 1. Bauabschnitt von 90.000 €. Viel entscheidender an diesem Beschluss sei allerdings, dass man im Haus Mahla statt einer viergruppigen nun eine fünfgruppige Kindertagesstätte schaffen könne. Dies sei durch den Ausbau des Dachgeschosses möglich. Dadurch werde es möglich, sogenannte Belegplätze einzurichten für Firmen in Landau, die ihren Mitarbeitern ein Angebot von verfügbaren Kindergartenplätzen machen wollen. Dies sei für die Stadt kostenneutral, da diese Plätze sowohl von den Firmen als auch vom Land finanziert würden. Er sei überzeugt, dass dies für den Wirtschaftsstandort Landau ein großer Vorteil sei. Man habe bereits jetzt für die Kindertagesstätte Haus Mahla eine volle Auslastung erreicht, so dass der Bedarf für die 5. Gruppe gegeben sei. Es könne durchaus sein, dass man durch diese zusätzlichen Mittel von 340.000 € die ein oder andere Maßnahme vielleicht etwas langsamer angehen müsse.

Ratsmitglied Dr. Migl fand die Beteiligung der Firmen durchaus interessant. Sie wolle aber wissen, ob man den diese Plätze nicht für Landauer Kinder benötige.

Bürgermeister Hirsch antwortete, dass durch die ursprünglichen vier Gruppen der Bedarf für Landauer Kinder erfüllt werde.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte weiter wissen, in welchem Umfang sich die Landauer Firmen beteiligen würden.

Bürgermeister Hirsch teilte mit, dass man davon ausgehen könne, dass die Kosten für diese Plätze kostenneutral umgelegt würden.

Ratsmitglied Müller war der Meinung, dass man durchaus hinterfragen könne, warum das Dachgeschoss nicht von Anfang an in die Planung eingebunden worden sei. Die Vorlage liefere hierfür aber entsprechende Erklärungen. Diese zusätzliche Fläche biete für die Kinder ein optimales Betreuungsangebot in einer städtischen Einrichtung. Das angestrebte Modell sei zukunftsorientiert und habe Vorbildfunktion für die Stadt und die Firmen. Das Angebot werde dem Wirtschaftsstandort Landau gerecht und sei zudem familienfreundlich. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für den 1. Bauabschnitt des Umbaus des Hauses Mahla zu einer 4-gruppigen Kindertagesstätte werden im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau 90.000 EURO überplanmäßig bereit gestellt.**
- 2. Das Dachgeschoss des Hauses Mahla wird im Rahmen der Umbauarbeiten ebenfalls ausgebaut, so dass in diesem Gebäude ein „Betreuungscenter“ als fünfgruppige Einrichtung mit Tagespflegeservice eingerichtet werden kann. Die hierfür benötigten Mittel werden im Vorgriff auf den Nachtrag 2009 außerplanmäßig in Höhe von 340.000 EURO im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements und in Höhe von 60.000 EURO für die Einrichtungsgegenstände beim Jugendamt bereitgestellt.**

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln auf dem Produktkonto 11444.0822 - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters



Der Vorsitzende erläuterte die Eilentscheidung vom 22. Juni 2009, die den Mitgliedern des Stadtrates schriftlich bekannt gegeben wurde und die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat erhob keine Einwände und nahm die Eilentscheidung zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Kath. Kindertagesstätte St. Maria; Einrichtung von 12 Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende erläuterte die Eilentscheidung vom 14. Juli 2009, die den Mitgliedern des Stadtrates schriftlich bekannt gegeben wurde und die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat erhob keine Einwände und nahm die Eilentscheidung zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Ausbaumaßnahme an der Prot. Kindertagesstätte Schützenhof, Nußdorfer Weg 11 a, 76829 Landau in der Pfalz zur Aufnahme von 12 zweijährigen Kindern sowie Sanierungsmaßnahmen in der Einrichtung - Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende erläuterte die Eilentscheidung vom 14. Juli 2009, die den Mitgliedern des Stadtrates schriftlich bekannt gegeben wurde und die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat erhob keine Einwände und nahm die Eilentscheidung zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl sprach das jüngste Erdbeben in Landau an. Sie sei von Bürgern gebeten worden, dies heute hier anzusprechen. Man könne nicht gänzlich ausschließen, dass es einen Zusammenhang mit dem Geothermiewerk gebe. Sowohl in Insheim als auch in Landau seien in der Nähe der Kraftwerke deutlich stärkere Erdbeben verzeichnet worden. Hier gebe es natürlich schon die Befürchtung, dass es bei noch stärkeren Beben zu Schäden an Häusern oder sogar zu Hauseinstürzen kommen könne. Sie bitte darum, in der nächsten Stadtratssitzung hierüber zu berichten und bis dahin einige Sachstandsfragen zu veranlassen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass dies nur Sinn mache, wenn man bis dahin auch etwas mehr wisse als derzeit. Er habe den Leiter des Landesamtes für Geologie und Bergbau angeschrieben und ihn um Mitteilung gebeten, ob es Erkenntnisse geben, dass noch schwerere Erdbeben zu erwarten seien. Zudem solle das Landesamt prüfen, ob die Beben mit dem Betrieb des Geothermiewerkes zusammen hingen. Wichtig sei es, die gesamten Vorgänge nicht zu dramatisieren. Er wolle es nicht bagatellisieren, denn es handle sich um eine neue Technologie und er nehme die Sorgen auch ernst. Nur warne er auch davor, vorschnell die falschen Schlüsse zu ziehen.

Ratsmitglied Hott teilte mit, dass heute der Südwestrundfunk eine Umfrage unter Passanten in Landau durchführe. Im Einstieg zur Frage sage der Südwestfunk, dass die Zusammenhänge zwischen den Beben und dem Geothermiewerk erwiesen seien. Wenn dem nicht so sei, sollte man als Stadt gegenüber dem Südwestfunk klarstellen, dass dies so nicht stimme.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass ihm die Energie Südwest heute mitgeteilt habe, dass das Land eine Expertengruppe eingesetzt habe. Dies solle sich mit diesem Thema befassen und mögliche Zusammenhänge prüfen.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass es für sie als Anwohnerin aufgrund der Umstände bei dem Beben keinen Zweifel darüber gebe, dass das Geothermiewerk der Auslöser gewesen sei.



Die Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 25.08.2009 umfasst 20 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 105.

Vorsitzender

Gesehen:

Gez.

Gez.

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Gez.

Markus Geib
Schriftführer